

Bezugspreis: Vierteljährlich 2.- M., monatlich 2.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2.- M. zzgl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Augsburg, Schweden u. die Schweiz. Eingemagert in die Postzeitungs-Verliste.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Kompositorenzeilen betragen 1.50 M. „kleine Anzeigen“, das ist je gebrochene Wort 60 Bsp. (ausführlich je gebrochene Worte), jedes weitere Wort 40 Bsp. Stellungsanzeigen und Schlusssatzanzeigen das erste Wort 80 Bsp., jedes weitere Wort 60 Bsp. Werts über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Preisunterzuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Beirats-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlusszeit von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 29. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

# Hie Bürgertum — hie Sozialismus!

## Kurt Eisners Bekenntnis.

Manche Sozialisten des Auslandes können es gar nicht begreifen, daß die deutschen Mehrheitssozialdemokraten sich nach wie vor weigern, als reuige Süßer vor der Internationalen zu erscheinen und ihre ganze Haltung während des Krieges zu verleugnen. Indessen dürfte das verzerrte Bild, das sich manch ein französischer Sozialist von unserer Tätigkeit im Kriege machte, nach der Aussage Vernstoffs über seine Unterredung mit Bethmann Hollweg korrigiert werden. An uns hat es nicht gelegen, daß das Weltgemisch nicht früher beendet wurde. Wir allein waren Ende 1916 für den Wilsonschen Verständigungsfrieden „ohne Sieger und Besiegte“. Ob auch damals die Mehrheit der französischen Partei dafür zu haben gewesen wäre, ist eine andere Frage, die hier lieber nicht untersucht werden soll.

Manchem aber wird die Erkenntnis, daß wir stets in die Richtung des Verständigungsfriedens wirkten, natürlich nicht genügen. Französische Sozialisten haben die Forderung aufgestellt, wir hätten den Krieg durch Verweigerung der Kriegskredite und durch Revolution sabotieren sollen. Eine derartige Aufforderung war schon in der Schlusresolution des französischen Parteitag von Ende Dezember 1915 enthalten. Man beruft sich dabei mit Vorliebe auf die deutschen Unabhängigen und namentlich auf die Erklärungen Kurt Eisners auf der Berner Konferenz im Februar dieses Jahres.

Wir, die nicht dazu neigen, von vornherein dem Gegner den guten Glauben abzuspüren, dürfen aber keine Gelegenheit veräumen ihn aufzuklären, und da nun der Name Eisners sogar bei den französischen Rechtssozialisten besondere Achtung genießt, so wollen wir hoffen, daß die folgenden Ausführungen — nach innen und nach außen — veröhnend wirken werden. Es handelt sich um einen Privatbrief, den Kurt Eisner im Februar 1915 an den Genossen Wolfgang Heine schrieb und den die Münchener Zeitschrift „Der Zwiebelstich“ in ihrer letzten Nummer veröffentlicht.

Dieses Schreiben enthält ein persönliches Bekenntnis Eisners über die Haltung der Partei. Er hält mit seinen Kritiken nicht zurück, begründet diese ausführlich, zum Teil sehr überzeugend, zum Teil auch, wie mir scheint, in etwas oberflächlicher Weise. Am liebsten möchte man, wenn die Raumverhältnisse es gestatteten, den ganzen Brief wörtlich abdrucken und Punkt für Punkt erörtern, und wäre es nur, um dem Vorwurf einer einseitigen Besprechung und Ausbeutung vorzubeugen. Da dies aber leider im Rahmen einer Tageszeitung heutzutage nicht möglich ist, sei hier gleich festgestellt, daß Eisner einleitend erklärt, die Haltung der Mehrheit erfülle ihn mit immer wachsender Empörung. Wann aber? Wegen der Bewilligung der Kriegskredite? Man lese:

Ich stehe auf dem Standpunkt der Erklärung der Partei vom 4. August. Ich bin der erste in der Partei gewesen, der vor dem Kriege als Redner in der Münchener Protestversammlung unsere Haltung genau so präziserte, wie sie in jener Erklärung zum Ausdruck kam. Der Krieg war und ist für mich eine Katastrophe, in der niemand neutral sein kann; irgendwo müssen wir kämpfen, und da wir nun einmal dem Deutschen Reich angehören, ist hier unser Platz. Wir haben unsere Pflicht zu tun — unabhängig von jeder Stimmung und Einsticht — und uns unserer Haut zu wehren. Das war auch der Gehalt der Erklärung vom 4. August. Sie enthielt zweierlei: Die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, das Vaterland zu verteidigen und die Ablehnung der Verantwortung.

Gleich darauf kommt aber der erste wesentliche Vorwurf: Statt der Ablehnung der Verantwortung aber, kam vom ersten Tage an die Solidarität mit den Verantwortlichen des Krieges, die uns zu einem proletarischen Anhängel der nationalliberalen Partei macht.

Damit beleuchtet Eisner das tatsächliche große Uebel, das mit der Bewilligung der Kredite verbunden war. Die Frage ist nun, ob dieses Uebel zu vermeiden war. Wenn, wie wir es damals tatsächlich fast vorbehaltlos glaubten, Deutschland einen Verteidigungskrieg führte, war es nicht gerade die logische Konsequenz der Erklärung vom 4. August, daß wir unsere Kräfte im Sinne unserer Überzeugung über die Notwendigkeit der Opfer und die Gerechtigkeit der Sache, für die diese Opfer gebracht wurden, aufklärten? Wäre dann die Pflicht, von der Eisner sprach, mit dem bloßen, an sich nur formalen Akt der Bewilligung der Kriegskredite erfüllt gewesen, hätte dann die Aktion der Partei mit dieser an sich leeren Demonstration aufhören sollen?

Aber wir lesen gleich darauf, daß Eisner schon damals an den Verteidigungscharakter des Krieges nicht glaubte. Er entwickelt seine Ansichten über die Kriegsschuld: Der Krieg sei ein deutscher Expansionskrieg

## Aus der Schweiz

Schreibt unser Mitarbeiter über den Verlauf der Wahlen, über deren Ergebnis wir im Morgenblatt berichteten: Die Wahl geschah zum erstenmal nach dem proportionalen Wahlverfahren, und dementsprechend war der Kampf der Parteien ein sehr heftiger, wie man dies bisher in der Schweiz gar nicht gewöhnt war; hauptsächlich war dies in den größeren Städten Zürich, Basel und Bern der Fall, wo sich die bürgerlichen Parteien durch die sogenannte Listenverbindung zu einer einheitlichen Front vereinigten, um gemeinsam den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Auf dem Lande und in den kleineren Kantonen hat der Wahlkampf keine sehr hohen Wellen geworfen, und in den beiden Halbkantonen Appenzel ist es überhaupt nicht zu einem Wahlkampf gekommen, da wurden die Alten wieder bestärkt. Für die 163 Sitze im schweizerischen Nationalrat bewarben sich über 600 Kandidaten; den Kanton Basel-Stadt, der sieben Nationalräte zu wählen hat, verzeichnete allein nicht weniger als 39 Kandidaten in sieben Listen; das gleiche Verhältnis trifft auf Zürich zu, während man sich in Bern mit vier Listen begnügte. In der Tagespresse, in Flugblättern und in künstlerisch ausgeführten Plakaten wurde der Kampf in der heftigsten und teilweise auch recht persönlichen Weise geführt. Wundres neues Schlagwort war geprägt worden: „Demokratie oder Terror“, „Ordnung oder Volkswindst“, „Freiheit und Zwang“ usw. Die Wählerschaft ist selbst an sich irre geworden, ob der vielen Wahlplakate.

Die Wahl ist ja nun so angefallen, daß die Sozialdemokratie (mit Ausnahme der Kleinbürgerlich-sozialistischen „Grünländer“) einen großen Sieg errungen hat, wenn sie auch noch in Zukunft, da sie keine Mehrheit hat, zur Koalition gezwungen ist.

## Aus Elsaß-Lothringen

wird und geschrieben: Ein heftiger Wahlkampf um die Mandate für die französische Kammer ist im ganzen Lande entbrannt unter der Parole „Hie Bürgertum, hie Sozialismus!“ Nachdem im Oberelsaß der bürgerliche Block bereits vor längerer Zeit vollendete Tatsache war, ist derselbe nun nach anfänglichem Scheitern auch im Unterelsaß und in Lothringen zustande gekommen. Die sozialistische Presse führt eine sehr scharfe Sprache gegenüber den bürgerlichen Kandidaten und wirft verschärfte bürgerlichen Kandidaten vor, daß sie ihre vom deutschen Kaiser erhaltenen preußischen Orden immer noch nicht zurückzugeben haben. Die bürgerliche Presse wirft den sozialistischen Kandidaten vor, daß sie die Geschäfte Deutschlands besorgen und mit deutschem Geld besetzen seien; die Verhaftungen in Straßburg und hiesigen in Reu, sowie die daselbst vorgefundenen Dokumente hätten den untrüglichen Beweis gebracht, daß die sozialdemokratischen Kandidaten hinter der Propaganda für die Autonomie Elsaß-Lothringens stehen; dafür spreche auch der Umstand, daß der französische Abgeordnete Longuet in die Sache verwickelt sei. Angewidert erklärt aber die gesamte sozialistische Presse von Elsaß-Lothringen, daß sie auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Eingeleitung von Elsaß-Lothringen vollständig einig seien, immerhin unter Wahrung der elsass-lothringischen Eigenart. Die namentlich im Oberelsaß von den Sozialdemokraten einberufenen Versammlungen weisen einen Massenbesuch auf, wie man das bis jetzt noch nicht beobachtet hat, was ein Beweis dafür gelten kann, daß eine starke Unzufriedenheit im Lande vorhanden ist und man große Enttäuschungen erfahren hat. Diesem wird aber auch wie zu Zeiten unter deutscher Herrschaft die Saalabtreibererei gegenüber den Sozialdemokraten steht, indem die Sozialdemokraten mit Androhung wirtschaftlicher Schädigung beinhalten werden. Der Verlagerungszustand und die Pressezensur sind nun gefallen, auch die Präventivzensur gegen über den sozialistischen Blättern ist endgültig aufgehoben worden, womit auch die immer wiederkehrenden verächtlichen weißen Flecke verschwinden.

Der dreiwöchentliche Generalkongress der lothringischen Metallarbeiter ist unter folgenden von Präsident Mirman vorgeschlagenen Bedingungen beigestellt worden: 1. Anerkennung der ersten zehn Punkte der eingereichten Forderungen. 2. Durchführung der Lohnforderungen bis längstens 15. Dezember 1919. 3. Sofortige Freilassung aller Verhafteten und Herstellung vollständiger Vereinigung und Versammlungsfreiheit. Maßregelungen und Androhnungen wegen Beteiligung am Streik dürfen nicht stattfinden. Die Streiktage werden bezahlt und die Feiertage aufgehoben. Abwärtige Aufhebung der Sequenzverwaltung der einzelnen Betriebe. Zwischen den Vertretern der Gewerkschaften, der französischen Regierung und denjenigen der Streikenden kam darauf eine kontraktliche Vereinbarung zustande, in welcher die Abmachungen paragraphenweise formuliert werden.

und zugleich ein gewalttätiger Durchbruchversuch durch die einkreisende Politik der Ententemächte. Es liegt, wie mir scheint, ein gewisser Widerspruch zwischen diesen beiden Behauptungen. Oder vielmehr, diese Formel dürfte schon die Wahrheit geistvoll und tiefinnig erfassen und der Widerspruch liegt darin, daß Eisner einerseits der deutschen Sache den Verteidigungscharakter gänzlich abspriecht und andererseits die Tatsache der Einkreisungspolitik der Entente anerkennt. Die einzig logische Schlussfolgerung, die man aus dieser ziemlich richtigen Formulierung ziehen dürfte,

ist eine Verteilung der Schuld auf die verschiedenen Mächtegruppen. Die Geschichte wird diese Ansicht nach der einen und nach der anderen Seite verschiedenlich dosieren, einzelne Staaten und Staatsmänner mehr belasten als andere, aber letzten Endes die Gesamtschuld der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, dem imperialistischen System eines ganzen Zeitalters zur Last legen, ohne sich viel um Rassen und Grenzen zu ächtern.

Die Art und Weise, wie Eisner seine Ansichten über die Kriegsschuld Deutschlands begründet, ist nicht uninteressant, wenn auch durch die seitherigen Enthüllungen gänzlich überholt und im übrigen keineswegs einwandfrei. Man muß aber bedenken, wie schwer es für einen Deutschen im Frühjahr 1915 sein mußte, seinen von der offiziellen Version abweichenden Standpunkt aus den damals zugänglichen Akten abzuleiten. Eisner glaubt den Kern des Konflikt in einem Telegramm des englischen Votschafters Goschen an Grey (Englisches Wlaubuch Nr. 85) entdeckt zu haben, in dem der Votschafter über die Zusicherung berichtet, die ihm Bethmann gegeben hatte, daß Deutschland im Falle der Neutralität Englands keine Gebietsabtretungen von Frankreich verlangen würde. Und weil Bethmann kein ähnliches Versprechen bezüglich der französischen Kolonien gegeben wollte, zieht Eisner den Schluß: „Damit war der Weltkrieg erklärt“.

Gerade in demselben englischen Wlaubuch befindet sich aber ein ähnliches Telegramm von Grey an Goschen, in dem umgekehrt der englische Minister seinen Berliner Votschafter über eine Unterredung mit Lichnowsky informiert. Da ist es diesmal der englische Staatsmann, der sich auf die Frage des deutschen Votschafters, ob England neutral bleiben würde, falls Deutschland die Neutralität Belgiens achtet, mit allen möglichen Redensarten vor jener klaren Antwort drückt, die vielleicht in letzter Stunde den Weltkrieg verhindern könnte.

Immerhin, Eisner dürfte bereits damals mehr recht gehabt haben, als die meisten von uns es ahnen konnten. Aber er selbst fügt hinzu:

Ich weiß, daß es gegenwärtig unmöglich ist, Parteigenossen mit abweichenden Anschauungen zu überzeugen. Aber ich schreibe diese Andeutungen, um Ihnen zu zeigen, daß es auch Leute gibt, die die Haltung der Fraktion billigen, aber die Art der Verteidigung dieser Haltung für eine schwere Gefährdung der proletarischen, ja auch der deutschnationalen Sache halten.“

Diese doppelte Befürchtung begründet er eingehend: die willenslose Unterwerfung unter die Jurisur von 1851 würde sich bitter rächen, und da er auf der anderen Seite von Anfang an sehr pessimistisch über den Ausgang des Krieges urteilte,

Hätten wir allen Anlaß, unseren moralischen Einfluß auf die Internationale zu behalten, um ihn, wenn es zur Katastrophe kommen sollte, zugunsten Deutschlands in die Waagschale zu werfen. Es wäre doch immerhin denkbar, daß man mit dem deutschen Proletariat einen günstigeren Frieden schließen würde, als mit lo Kaiser.“

Eisner glaubt auch, daß das, was uns die Internationale vorwerfe, durchaus nicht die Zustimmung sei, für deren Notwendigkeit man Verständnis habe, sondern daß „wir uns wie Agenten von lo Kaiser“ betragen. Ob Eisner hierin die eigene absolut richtig beurteilt, ist nicht ganz sicher. Die Tatsache der Kreditbewilligung scheint doch von Anfang an und bis heute noch das hauptsächlichste Agitationsargument unserer Gegner im Auslande gewesen zu sein. Die ungeheure Volkslärmlichkeit Karl Liebknechts in Frankreich, der sich doch zuerst nur durch eine Ablehnung der Kredite betätigen konnte, spricht gegen Eisners Auffassung.

Daß auch vieles andere gegen uns ausgedeutet werde, z. B. die Mission Dr. Edelmanns nach Italien, steht fest. Aber, wie mir scheint, dieser Versuch, die italienischen Genossen zu bewegen, ihre deutschfeindliche Propaganda einzustellen, die nur den Interventionisten letzten Endes diene und die eigene neutralistische Politik illusorisch machte, ist nichts, was mit sozialistischen Grundsätzen vereinbar wäre. Französische Sozialisten haben dagegen versucht, die italienischen Sozialisten für die Intervention zu gewinnen. Von der Reise Wandersveldes nach Amerika wollen wir nicht sprechen, da alle belgischen Angelegenheiten eine besondere Rücksicht verdienen; aber so etwas wie die Propagandareise Albert Thomass nach der russischen Revolution zu den kriegsmüden Truppen Kerenskis, um diese von neuem gegen die Stacheldrähte in Galizien zu legen, hat die deutsche Sozialdemokratie glücklicherweise doch nicht auf dem Gewissen.

Daß Fehler von der Partei begangen wurden, wer wollte es noch bestreiten? Wann bestand sie aber in der Weltgeschichte eine Partei in einer schwierigeren, verwickelteren Lage

# Nationalversammlung und Reichswehr.

112. Sitzung, Mittwoch, den 20. Oktober 1918.

Am Regierungstisch: Kossle, Reinhardt, Loothe.

## Die Reichswehr.

Der Haushaltsausschuß beantragt eine Entschädigung auf angemessene Verhöhung der Verpflegungsgeldes und des Ersatzbetrages für Unterbringung, auf Verbesserung der Verpflegung und der Bekleidung und auf Unterbringung der Kriegsgefangenen in geeigneten Stellen. Die Deutschnationalen fordern in einer Entschädigung eine unparteiische und nur von sachlichen Rücksichten diktierte Handhabung des Gesetzes über den Verpflegungszustand, die Befristung von Zeitungsberechtigungen auf drei Tage, vorherige Anhörung des Herausgebers, ausdrückliche Bezeichnung der beanstandeten Artikel in der Verpflegungsverordnung und sofortige Fällungnahme mit dem Herausgeber wegen Wiedererscheinens der Zeitung oder Druckschicht. Eine zweite deutschnationale Entschädigung fordert Erhöhung der Gehaltsverhältnisse für Offiziere und Sanitätsoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Weise, ausreichende Versorgung mit Kleidern und Schuhen, Auszahlung von Entschädigungsgeldern und beschleunigte Rückzahlung der Gehaltsrückstände an die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.

Abg. Martzki (D. Sp.): Die Mehrzahl der Offiziere, die der Republik dienen, ist monarchisch gesinnt und lehnt doch jede Gewaltanwendung für die Monarchie ab. Werden sie zum Verlassen der Reichswehr gezwungen, dann stürzt das ganze Heeresgebäude zusammen.

Abg. Stücken (Soz.): Das war ein schöner Anfang. Was der Herr Redner vergessen hat, wird Herr v. Gräfe noch nachholen. (Seitwärts links.) Niemand von uns hat die Reichswehr beschimpft. Der Herr Redner ist Bürgermeister in Lichtenberg. Als die Gefahr bestand, daß die Spartakisten feinerzeit in Lichtenberg die Oberhand gewinnen und die Reichswehr einzürden sollte, hat der Oberbürgermeister von Lichtenberg dies abgelehnt und

### Hier mit den Spartakisten verhandelt.

(Hört, hört! links.) Sie standen ihm offenbar näher als die Reichswehr. (Sehr gut! links.) Natürlich müssen die Soldaten ausreichend besoldet werden. Aber wo war denn die Rechte früher? Welchen Kampf haben wir führen müssen, um auch nur eine Erhöhung der Soldatenlöhne um einige Pfennige zu erreichen! Erst als es im Felde in allen Fugen krachte, wurde sie bewilligt, um die Stimmung zu heben. (Sehr richtig! links.) Es ist ein Verstummen zu

## Spaltung in Permanenz.

Die Einigkeit im neugegründeten „Roten Volksgesetz“ ist nicht von langer Dauer gewesen. Die Kommunisten, die das „Weiterstreben der Revolution“ nicht anders verstehen können, als daß sie andere und sich selber so lange spalten, bis alles in Atom aufgelöst ist, sind schon wieder der unabhängigen Gemeinschaft überdrüssig. Die letzte gemeinschaftliche Volksversammlung der U. S. P. und R. P. D.-Arbeiterräte hatte mit Mehrheit gegen das neue kommunistische Heilmittel, gegen die „revolutionäre Betriebsorganisation“ Stellung genommen. Kurzum erklärt die „Rote Fahne“, daß die R. P. D.-Arbeiterräte diesen Beschluß zwar nicht zum Grund eines Ausscheidens machen wollen, aber nur unter der Bedingung, daß er wieder aufgehoben wird. Die Fraktion der R. P. D. stellt in der nächsten Volksversammlung der Arbeiterräte einen Antrag, in der die Betriebsorganisation als Klassenorganisation der revolutionären Arbeiter anerkannt wird. Werkstattbeschlüsse, die die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften fordern, sind dahin abzuändern, daß die Mitgliedschaft zur freien Gewerkschaft oder zur revolutionären Betriebsorganisation freigelegt wird.

Hierauf antwortet die unabhängige „Freiheit“ mit einem glatten Nein. In der Frage der Gewerkschaften gebe es für die U. S. P.-Arbeiterräte kein Zurückweichen. Die gewichtige Stimme des großen Leichenwärters wird zitiert, der doch nicht deshalb sich in die Leitung des Metallarbeiterverbandes eingeschlagen hat, um nun zugunsten der kommunistischen Konkurrenz abzutreten. Im weiteren hofft es von haben und drüben Gesagten großen Ansehens, die „Rote Fahne“ wirft der „Freiheit“ Schwindelberichte vor (et. el. diesem wahrheitsliebenden Blatt) und die „Freiheit“ beschuldigt die Kommunisten, daß sie nur ihre enge Selteninteresse vertreten und ihnen die revolutionären Einsenwahrheiten noch nicht eingegangen sind.

Der Bruch ist unvermeidlich — schreibt die „Freiheit“ —, wenn die Aufhebung der Beschlüsse, die von den Arbeitern die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften verlangen, zur Bedingung für das Verbleiben der Kommunisten im Volksgesetz und in der Volksversammlung gemacht wird. — Also die Spaltung ist glücklicherweise wieder einmal da. Die man rief, die Gesner, wird man nicht mehr los.

## Alle rücken ihnen aus!

Der bayrische Parteitag der U. S. P. hat nach äußerst lebhafter Aussprache mit 68 gegen 63 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale in Moskau beschlossen. 25 Delegierte enthielten sich der Stimme. Nach Leipzig, Halle, Kellow-Beskov nun auch ganz Bayern für den Anschluß an Moskau, von wo aus den Unabhängigen jene nötigen moralischen Schritte verabsichtigt werden, die die „Freiheit“ mit zähneknirschendem Ingrimm abdrücken muß. Die Stellung der unabhängigen Parteileitung, die auf dem Standpunkt des Anschlusses an die westlichen Demokratien durch die zweite Internationale steht, wird immer mackeliger, und es ist jetzt schon vorzusehen, daß die Leipziger Parteitagung mit ihrem gänzlichen Plaisio enden wird. Sie erhält jetzt die Quittung für ihre Schätlichkeit: sie hat ihre Gefolgschaft von sich weg in das Lager der Kommunisten geholt. Alle rücken ihnen aus!

## Die neue preussische Provinzialeinteilung.

Das preussische Staatsministerium hat folgender Neueinteilung der preussischen Provinzen zugestimmt, die nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Kraft tritt: Die östlich der Weichsel liegenden bisherigen Gebiete Westpreußens fallen an Ostpreußen, zu Schlesien fallen der Kreis Preistadt einschließlich einiger Gemeinden des Kreises Pomitz, zu Pommern fallen die Kreise Neustadt, Schlochau, Ratow, Deutsch-Krone, Pilschne, Schneidemühl, Kolmar, Garnitzau (Reise der Ostmark) zu Brandenburg fallen die Kreise Schwere (Wartje), Mejerich und Pomitz (letzterer sowohl er nicht zu Sachsen gehört), von Brandenburg losgelöst wird als besondere Pro-

glauben, daß wir alles gutheißen, was die Regierung tut, weil wir Regierungspartei sind.

### Wir haben das volle Recht der Kritik.

Jede Regierung braucht eine Kraft, um den Befehlen Achtung zu verschaffen. Wir Sozialdemokraten sind stets für die Miliz eingetreten, der Friedensvertrag gestattet uns aber nur ein Soldatenheer. Die Kosten sind ungeheuer. Die 200 000 Mann kosten jetzt mehr als früher ein Heer von 500 000 Mann. (Hört, hört!) Eine Soldatentruppe muß eben ausreichend entlohnt werden. Die Angehörigen der Reichswehr dürfen nicht schlechter gestellt sein als die Arbeiter, sonst werden wir nie eine geeignete Reichswehr bekommen. Sie (nach rechts) wollen

### Die Reichswehr auf Ihre Seite

hinüberziehen. (Widerspruch rechts.) Erst jetzt hat Herr Martzki sein warmes Herz für die Soldaten erlangt. In den hohen Offiziersstellen ist der Adel unglaublich bevorzugt worden. Neben 15 Adligen haben wir nur 4 bürgerliche kommandierende Offiziere. Das gibt zu denken. Wir haben als Kahne schwarz-rot-gold (Zuruf rechts: leider!); viele Offiziere können sich aber daran nicht gewöhnen. Das zeigt sich am deutlichsten dort, wo Offiziere die Aufsicht über die Bahnhöfen zum Empfang der Kriegsgefangenen obliegt. Den Kriegsgefangenen werden wir sagen: Nicht wir sind Schuld an diesem Kriege, sondern (nach rechts)

### Sie sind schuld

daran! (Zuruf rechts: Was!)

Die Regierung hat die Aufgabe, die Heimkehrer auszuklären. Manche Offiziere haben aber die Aufklärungsbrochüren verbrannt. Doch Sie (zur Rechten) werden rufen, jetzt Ihre Auffassung. Die Offiziere stehen nicht auf dem Standpunkt der republikanischen Regierung und eckeln Andersdenkende aus der Reichswehr hinaus, wie in den letzten Tagen den Adjutanten des Reichswehrministers. Es mehren sich die Fälle, daß die Offiziere ihre Mannschaften nicht in der Hand haben. Der Reichswehrminister muß dafür sorgen, daß solche Offiziere die längste Zeit Offiziere gewesen sind. Wir wollen Disziplin, aber sie darf

### nicht auf Kadavergehorfam

beruhen, sondern auf der Liebe zur Sache. Wenn aber der Offizier selbst keine Disziplin hat, dann dürfen verschiedene Vorfälle nicht Wunder nehmen. Wenn der Offizier der Republik dienen will, so muß er sich ohne Hintergedanken dienen. Kann er das nicht, so soll er soviel Anstandsgefühl haben, daß er aus der Truppe ausscheidet.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

als die deutsche Sozialdemokratie während des Krieges? Die reine und impulsive Seele Kurt Eisners, den diese Fehler empörten, war jedoch auf praktische, positive Politik nicht eingestellt. Das hat auch seine Regierungszeit in Bayern nach der Revolution bewiesen. Denn er in diesem Brief an Wolfgang Helne z. B. schreibt: „Die Verteidigung, die wir am 4. August uns zur Pflicht machten, wäre die Errichtung einer ehernen Mauer an den Grenzen nach Schweizer Vorbild. Das ist gerade heute keine strategische Utopie, wie die Erfahrungen der letzten Monate bewiesen haben.“ so muß man wirklich über diese Weltfremdheit lächeln. Eisner dachte dabei offenbar an die neuen Lehren des Schlieffenkrieges, an die furchtbaren Drahtverhaue und speziell an die efflässige Vogelfront. Aber er dachte nicht an die weittragenden Befehle, die wichtige Industriegebiete unmittelbar hinter der Frontlinie zerstören können, er dachte nicht an die Flieger und ihre Bomben, nicht an die nahe Blockadenote, nicht an die östliche Ostgrenze Deutschlands, die gegen die zaristischen Millionenheere unmöglich verteidigt werden konnte.

Und ebenso wenn er am Schlusse seines Briefes seine Ansichten zusammenfaßt: „Kriegskredite, Landesverteidigung, ja! Aber sonst nur würdige Verschlossenheit“, so beweist er damit, daß er das Beste wollte, nur aber keine positiven Rezepte für unsere Haltung wußte. Denn gegenüber dem ungeheuren Geschehnis des Weltkrieges, das alle Leidenschaften aufwühlte, alle Leiden der Erde in die Massen trug, war eine absolute Passivität ein Ding der Unmöglichkeit. Entweder mußte man, wie es später die italienischen Genossen taten, gegen den Krieg stimmen und agieren — und das wollte doch Eisner selbst nicht! — oder für die Kredite stimmen, und dann dem Volke erklären, warum.

Daß bei dieser Tätigkeit gewisse Grenzen eingehalten waren, die mancher in der Kriegshysterie überschritten, darin hatte Eisner unbestreitbar recht. Aber wenn man an den Verteidigungscharakter des Krieges glaubte, war die Grenze des vom sozialistischen Standpunkt aus Erlaubten sehr schwer zu ziehen.

Was indessen diesen Brief Eisners doppelt wertvoll für uns macht, ist die Tatsache, daß er, der an den Verteidigungskrieg nicht glaubte, dennoch für die Bewilligung der Kriegskredite eintrat. In dieser Hinsicht ging er sogar in nationalen Sinne weiter als der übrige Teil der Sozialdemokratie. Er erwies sich damit als ein Verfechter des Grundgesetzes: „Right or wrong, my country!“ (Recht oder Unrecht, es geht um mein Vaterland!)

Und wenn die Verehrung, die unsere Gegner in der Internationale für Kurt Eisner zur Schau tragen, mehr ist als eine Art nationaler Genugtuung, die ihnen seine Erklärungen in Bern verschafften, dann mögen sie aus diesem seinem Bekenntnis vom Februar 1915 jenes Verständnis für unsere Haltung während des Krieges endlich schöpfen, das sie bisher leider so wenig gezeigt haben!

Victor Schiff.

## Minister Müller zur Ostpolitik.

In einer Unterredung mit dem Chefredakteur des „Ostwest-Telegraphen“ äußerte sich der Reichsminister des Außenwerts, Genosse Hermann Müller, u. a. folgendermaßen: Die Ungünstigkeit des Friedensvertrages zeigte sich in dem Gebiet der europäischen Ostfragen. Deutschland lehne die Blockadepolitik der Entente ab, die gegenüber ab. Es gedenke nicht, sich in die Angelegenheiten der an den Ostgrenzen wohnenden Völker einzumischen, vielmehr anerkenne es das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Falls nicht durch die Politik der Entente neue Verwicklungen in Ostropa entstanden, so hätten wir Anlaß zur Hoffnung, daß Deutschlands Beziehungen zu den Oststaaten, insbesondere zu Polen und der Tschechoslowakei, sich langsam besserten.

Daß Ungarn durch die Räterepublik hindurchgehen mußte, verdanke es nur den Großmächten der Entente. Auch jetzt sei eine Ungarns Leidenszeit noch nicht vorüber zu sein.

Ueber unsere Stellung zu Serbien endlich äußerte der Minister, daß wir zu ihm nur durch die österreichisch-ungarische Politik in einen Gegensatz gedrängt worden seien, während ursprünglich zwischen uns und den Serben die besten Beziehungen bestanden hätten.

## Erste Unruhen in Brooklyn.

„Telegraf“ meldet aus New York, daß in Brooklyn infolge Wiederaufnahme der Arbeit durch eine Gruppe von Bedarbeitern erste Unruhen stattgefunden haben, wobei es Tote und Verwundete gab. 20 000 Arbeiter streikten noch, während 80 000 die Arbeit wiederaufgenommen haben sollen.

## Belgien fordert Deutsche.

„Telegraf“ meldet aus Brüssel, daß Minister Vandervelde in einem dort stattgefundenen Ministerrat die Meldung, daß Belgien die Auslieferung von 1153 Deutschen fordern wird, bestätigt hat.

## Kleine politische Nachrichten.

Die Folgen der belgischen Deportationen. Wie die „Dena“ zuverlässig erzählt, sind der Entente-Kommission in Berlin weitere elf belgische Mitglieder angegliedert worden, deren Aufgabe es sein wird, die Frage der belgischen Zwangsdeportationen nach jeder Richtung hin erschöpfend aufzuklären. Nach einer Meldung des „Soit“ sind im ganzen 69 430 Belgier zwangsweise nach Deutschland verbracht worden. Deutschland wird dafür eine Entschädigung von 5 Milliarden zu zahlen und die an den Deportationen Schuldigen auszuliefern haben. Diese sollen wegen Angriff auf die persönliche Freiheit abgeurteilt werden.

Ein weiblicher Stadtrat. Bei der Stadtratswahl in Frankfurt a. M. wurde am Dienstag als erste Frau Genossin Dr. Quarschamerich als Stadträtin gewählt.

Berichtigung. In der Meldung der heutigen Morgenausgabe „Amerika gegen Mexiko“ muß es natürlich heißen, daß die zwei amerikanischen Flieger von mexikanischen Piloten, nicht von amerikanischen ermordet worden sind.

Kampf vor'm heiligen Ernst. Die Kunde von der bevorstehenden Veröffentlichung des dritten Bandes der „Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen“ hat in gewissen monarchistischen Kreisen fortgesetzte Ohnmachts- und Krampfanfälle hervorgerufen. In der „Täglichen Rundschau“ entrichtet sich fortgesetzt der Wirkliche Delegationsrat Dr. Georg Bremer, und die „Nationalliberale Korrespondenz“ meint, die Pflicht vor dem ersten Kanzler sollte verhindern, die trivialen und sensationslüsternen Neuigkeiten vor das Forum seines heiligsten Memoirenmerzes zuzulassen“. Der heilige Ernst scheint doch aber für die Monarchisten sehr unangenehme Qualitäten zu haben.

ding der ganze Bezirk des neuen Groß-Berlin, sobald dieser genau feststeht.

Auch die übrigen Provinzen erfahren Änderungen. So erhält Sachsen den Kreis Zwickau (bisher Hannover), Hannover den Kreis Grafschaft Schaumburg und einige Gemeinden des Kreises Hoya (bisher Hesse-Nassau). Die Provinz Hesse-Nassau wird geteilt: Provinz Hesse umfasst das bisherige Gebiet des Bezirksverbandes Kassel unter Abtretung der oben genannten Teile an Hannover, Provinz Nassau umfasst das bisherige Gebiet des Bezirksverbandes Wiesbaden sowie das Gebiet des Kreises Weimar, das die Rheinprovinz abtritt. Im übrigen bleibt die Rheinprovinz und Westfalen unverändert. In Schleswig-Holstein tritt der Kreis Herzogtum Lauenburg.

Preußen wird in Zukunft also mit Groß-Berlin 12 Provinzen zählen. Die Namen Westpreußen und Posen verschwinden ganz, die Bildung einer neuen Provinz Ostmark aus Resten der beiden Provinzen erscheint unzulässig.

## Drohender Eisenbahnerstreik in Baden.

Die Frage der Gewährung einer einmaligen Beschäftigungszulage an die Beamten und Staatsarbeiter in Baden ist in ein schwieriges Stadium getreten, da die Eisenbahner den Vermittlungsvorschlag des Haushaltsausschusses des badischen Landtages nicht annehmen wollen. In Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen und Landa sind die Eisenbahnarbeiter Montag in den Ausstand getreten. Die Arbeiter der Karlsruher Eisenbahnhauptwerkstätte wollen zunächst die Beschlüsse der auf Dienstag einberufenen Landeskonferenz der Eisenbahnerorganisationen abwarten. Der mehrheitssozialistische „Volkfreund“ rät dringend zu einer Verständigung und macht die Eisenbahner darauf aufmerksam, daß sie im Falle eines Streiks die Sympathie der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung nicht hinter sich haben würden. Das Plenum des Landtages wird am 29. Oktober die Frage endgültig entscheiden.

## Beamtenbeiräte in Württemberg.

Bei den Ministerien der Justiz, des Innern (zugleich Ernährungsministerium) und der Finanzen, sowie beim Arbeitsministerium hat das württembergische Staatsministerium die sofortige Bildung von Beamtenbeiräten angeordnet. Das Kultusministerium wird nach den besonderen Bedürfnissen seines Geschäftskreises vorgehen. Der Beirat der württembergischen Verkehrsbeamten bleibt unverändert. Die Beiratsmitglieder werden durch die Beamtenvereinigungen gewählt. Jeder Beirat soll aus vier Abteilungen nach den verschiedenen Beamtenkategorien bestehen. Die Vorsitzenden der Beiräte bilden einen gesamten Beamtenbeirat als Vertretung der Gesamtbeamtenschaft. Den Beiräten liegt die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Ministerien ob.

Zusammentritt des Reichskolonrats. Wie die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ erzählt, wird der Reichskolonrat durch das Reichswirtschaftsministerium zu seiner ersten konstituierenden Sitzung auf den 7. November einberufen. Auf der Tagesordnung stehen nur Punkte, welche mit der Konstituierung zusammenhängen, also Bildung von Ausschüssen usw.

Kohlenmangel und Treibmangel. Wegen gänzlich unzureichender Kohlenzufuhren sieht sich die Marineverwaltung genötigt, in der Nordsee zeitweilig die Fahrten derjenigen Torpedoboote einzustellen, die zum Vernichten von treibenden Minen und zum Warnungsdienst für die Fischerei besonders bestimmt sind. Es wird zwar versucht, durch Minen juchboote, die in ihr Arbeitsgebiet gehen oder aus ihm heimkehren, diesen Dienst mitzuerfüllen zu lassen, doch muß damit gerechnet werden, daß der durch den Kohlenmangel herbeigeführte zeitweilige Ausfall der genannten Fahrzeuge sich in vermehrtem Auftreten von Treibminen bemerkbar machen wird. In den Flugübungen wird der neuerdings eingerichtete Dienst gegen treibende Minen vorläufig aufrechterhalten.

## Der Vorläufer des Reichswirtschaftsrats.

Da der vorbereitende Reichswirtschaftsrat erst nach Beschlußfassung durch das Reichskabinett berufen, der endgültige Reichswirtschaftsrat erst nach dem Grund des Betriebsrätegesetzes erfolgen sollen gemäß werden kann, ist wie der Reichswirtschaftsminister schon in seiner Hamburger Rede mittelste, ein Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium als beratendes Organ für den Reichswirtschaftsminister eingerichtet worden. Er setzt sich folgendermaßen zusammen:

Gruppe Industrie: 2 Vertreter des industriellen Unternehmertums, 2 Vertreter der industriellen Arbeiterschaft.

Gruppe Handel: 1 Vertreter des Ein- und Ausfuhrhandels, 1 Vertreter des Großhandels, 1 Vertreter der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, 1 Vertreter der Arbeitnehmer des Ein- und Ausfuhrhandels.

Gruppe Landwirtschaft: 2 Vertreter der Landwirtschaft, 2 Vertreter der Landarbeiter.

Gruppe Verbraucher: 1 Vertreter der Kommunalverwaltungen, 1 Vertreter der letzten Verbraucher.

An Arbeitern und Vertretern der Verbraucher befinden sich im Wirtschaftsrat:

In der Gruppe Industrie: Wolf Cohen, Zentralarbeitsgemeinschaft Berlin, Friedrich Valtusch, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Berlin. Stellvertreter: Conrad Bruns, Berlin, Fr. Reustedt, Verband der deutschen Gewerkschaften, Berlin.

In der Gruppe Handel: Frh. Rogon, Zentralverband der Angestellten, Berlin. Stellvertreter: Reinhold Grändorff, Zentralverband der Angestellten, Reußlän.

In der Gruppe Landwirtschaft: Georg Schmidt, Deutscher Landarbeiterverband, Berlin, Dr. Heinrich Gerlich, Syndikus des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter, Berlin. Stellvertreter: Otto Albrecht, Verband der Gärtner, Berlin, Paul Ehrlich, Deutscher Landarbeiterverband, Berlin.

In der Gruppe Verbraucher: Kommunalverwaltungen, Oberbürgermeister Dr. Luther-Effen, Zentralstelle des Deutschen Städtetages, Berlin. Stellvertreter: Oberbürgermeister W. Klaff, Zentralstelle des Deutschen Städtetages, Berlin. Letzte Verbraucher: R. Junger, Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, Berlin-Lichtenberg. Stellvertreter: Frau Ilse Müller-Ostreich, Sekretariat des Frauenrates beim Reichswirtschaftsministerium.

Unter den Arbeitgebern der Gruppe Handel ist als Vertreter der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Friedrich Hein benannt.

Demnach ist die Zusammensetzung auf der Grundlage der strengen Parität aufgebaut. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Erzeuger und Handel einerseits und Verbraucher andererseits — sofern man die Arbeiter der jeweils nichtbeteiligten Gewerbegruppen mit als Verbraucher ansieht, halten im Stimmverhältnis einander genau die Waage. Hoffentlich gelingt es der Regierung trotz der Teilheiten der Interessenten, über die noch zu reden sein wird, in dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat das gleiche Stimmverhältnis zu wahren. An sich ist die Vertretung der letzten Verbraucher eher noch zu gering als zu hoch.

Die Entsendung der Vertreter der Industrie erfolgt durch die Zentralarbeitsgemeinschaft für Handel und Landwirtschaft erfolgt bis zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften die Entsendung der Vertreter durch die leitenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Wirtschaftsrat hat in allen Fragen der Ein- und Ausfuhr das Recht der Beratung und der Stellungnahme auch in Fragen, in denen er nicht direkt befragt wird.

## Industrie und Handel.

### Berie.

An der Börse zeigte sich bei Eröffnung ein gewisses Entlastungsbedürfnis, das in dem ausgeprägten Spekulationswesen zunächst zu Kursrückführungen führte. Betroffen hiervon wurden in erster Linie Kolonialpapiere, Petroleumaktien und Kanada. Auf dem Hauptmarkt war die Haltung verhältnismäßig fest, wobei auf die etwas optimistischen Berichte aus der Industrie verwiesen wurde. Von Konstanten waren Getreide, Eisenbahnaktien, Bochumer, Oberschlesische Kohle und Rheinisch Westfälische Schiffsaktien waren niedriger, auch Harzwerte lebten schwächer ein. Hiemlich gute Meinung bestand für Elektrizitätswerte, ebenso wurden Rüstungspapiere höher bewertet; Bankaktien waren gänzlich vernachlässigt. Anleihen teilweise etwas abgekauft.

## Groß-Berlin

### Berlins Elektrizitätsversorgung sichergestellt.

Die Arbeiter im Elektrizitätswerk in Sitterfeld und Grödenhainichen sind bei von Halle ausgehenden Streikparade nicht gefolgt. Die Versorgung Berlins mit elektrischem Strom ist also sichergestellt.

### Zunehmend knappe Kartoffelzufuhr.

Der Roggenzeit mit: Die Kartoffelversorgung Groß-Berlins hat sich auch in der vorigen Woche so vollzogen, daß nur gerade der Tagesbedarf einging, dagegen für eine Sammlung des Wintervorrates nichts übrig blieb. Demnach unterscheidet sich das laufende Jahr in geradezu erschreckender Weise von dem vorigen. Die Zufuhren vom 1. bis 27. Oktober 1918 waren genau doppelt so stark wie im gleichen Zeitraum dieses Jahres. Daran ist auch klar ersichtlich, daß eine kaum erlebte Zeit für die Einmietung des Wintervorrates in den städtischen Lagerstätten und Kellern bereits verloren gegangen ist und daß es der höchsten Anstrengungen bedarf, um eine einigermaßen befriedigende Menge überhaupt noch zu erzielen.

Wettswindel im großen Betrieb ein gewisser Frh. Panger, der jetzt von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Panger, der wegen Betruges schon wiederholt vorbestraft ist, setzte bei irgendeiner Wettannahmestelle 5 M. auf ein Pferd lediglich zu dem Zweck, einen offiziellen Wetztettel in die Hände zu bekommen. Nach dem Rennen befürchtete er dann mit einer Säure sein säuberlich den Namen des Pferdes, wenn dieses verloren ginge, und erfuhr ihn durch einen Sieger. Die von ihm gefassten 5 M. fällte er zugleich in eine beliebige höhere Summe um. Außerdem erging er den Wetzel noch mit den Namen anderer Sieger und beliebigen Wettanläufen auf diese. So hatte er auf seinem Wetzel immer mehrere Siege und Gewinne bis zu 800 und 1000 M. Mit dem gefälligen Wetzel begab er sich dann in irgendein Zigarrengeschäft, in dem die Kennzeichen auslagen. Diese sah er ein und schenkte freudig überausst überzeugte er den Geschäftsmann, daß er ein gutes Stück Geld gewonnen habe. Nur bedauerte er, daß es schon zu spät sei, den Betrag zu erheben, um so mehr, als er gleich verzeihen müsse. Aus diesem Grunde schlug er dem Geschäftsmann vor, ihm gegen Entschädigung den Gewinn zu zahlen. Er war per bereit, von 1000 M. etwa 200 M. zu opfern, und die Geschäftsmann gingen ebenso gern auf dieses Angebot ein, weil sie nicht ahnen konnten, daß der offizielle Wetztettel gefälscht sei. Der Schwindel kam erst dann heraus, wenn sie den Gewinn bei der Kasse erheben wollten. Panger betrieb diese Fälschungen nicht nur in Berlin, sondern auf allen Rennen des Reiches, die er regelmäßig besuchte. Die Kriminalpolizei, der diese Fälschungen angezeigt wurden, ermittelte bald, daß Panger ihre Ver-

anstaltet war, konnte ihn selbst aber zunächst nicht finden. Als sie erfuhr, daß der Betrüger ein Liebesverhältnis mit einer Kinostarspielerin unterhielt, beobachtete sie deren Wohnung und nahm Panger fest, als er getrunken seine Geliebte besuchen wollte. Betrogene Geschäftsleute, die nach keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich an Kriminalkommissar Werneburg im Berliner Volksgewerkschaftsbüro zu wenden.

In dem Markenstreit auf den blauen Weizen, den Rentier und Hausbesitzer Widmann aus der Lübecker Str. 50, erfahren wir, daß der Täter, der Arbeiter Emad Dobbros aus der Greifswalder Straße 20, der nach heftiger Gegenwehr von Volksgewerkschaftsmitgliedern des 83. Reviers in der Kasse festgenommen und schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht wurde, dort gestern gestorben ist. Er hatte einen Lungenschuß erhalten, sich außerdem aber auch noch die Pulsadern aufgeschnitten.

Ein großer Warenraub ist dieser Tage aufgebebt worden. Die Engros-Luchfirma Rosenthal u. Stern in der Straußenstraße mußte seit längerer Zeit feststellen, daß sie fortgesetzt bestohlen wurde. Schließlich traf ein anonym Brief bei dem Chef ein, in welchem mit voller Bestimmtheit behauptet wurde, daß die Diebe unter den Angestellten zu suchen seien. Die Bestohlenen beauftragten nun eine Detektivfirma mit der Aufdeckung des Diebstahls und bald darauf wurde ein neuer Hausbesitzer engagiert, dem seine Kollegen in der Firma unverblümt zu erkennen gaben, daß er entweder mit ihnen „Abraufe“ bei Entwendung der Waren machen müsse, oder daß sie ihn aus seiner Stellung „ausbeissen“ würden. Dem „Neuen“ blieb natürlich nichts anderes übrig, als sich von nun an an den Diebstählen zu beteiligen. Der neue „Sogus“ schien aber eine unglückliche Hand zu haben, denn nachdem er auch mit den Diebsteuern in Verbindung getreten war, floh die Gesellschaft auf. Die diebstahligen Hausbesitzer Frh. Schönrod, Erich Scherbarich und Hermann Böhm, sowie die Diebe, welche die teure Seide gestohlen hatten, ein gewisser Fellig, Hermann David und Sappier, konnten nunmehr verhaftet werden. Es stellte sich heraus, daß die Hausbesitzer im Laufe von zwei Monaten für weit über 45 000 M. Wert Waren gestohlen hatten. Die Verhafteten mußten nun die traurige Erfahrung machen, daß der neue Kollege ein geschickter Detektiv gewesen war, dem es in gleicher Weise gelungen war, bei der Uniformfirma Leo Finke in der Hindenburgstraße einen großen Diebstahl aufzudecken und die gestohlenen Waren im Betrage von 30 000 M. zurückzuschaffen.

Wer ist die Tote? Den besterhaltenen Knochen scheint ein noch unbekanntes Mädchen angehört zu haben, das in Väterfelde bei der Dampfbahnstation an der Emil-Schulze-Brücke als Leiche aus dem Zeltstommal gelandet wurde. Die Leiche, die etwa 14 Tage im Wasser gelegen haben kann, ist etwa 23 Jahre alt und mittelgroß, hat dunkelbraunes Haar und einen Säugel mit Goldene. Mittelgröße, die zur Feststellung der Persönlichkeit dienen können, nimmt die Kriminalpolizei von Väterfelde entgegen.

Explosion in Potsdam. Heute früh gegen 8 Uhr fand im Eiseller der Brauerei Lamm in Potsdam eine Explosion durch Kohlenstaub statt. Es wurde erhebliche Schäden an den Gebäuden angerichtet. Ein Teil eines Gebäudes stürzte auf den Hofen der früheren Garbefabrik und richtete auch hier Verwüstungen an. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Einheitsorganisation im Filmgewerbe. Die Vereinigung deutscher Filmfabrikanten E. V. und der Schupverband der Filmfabrikanten Deutschlands E. V. hat sich am Montagabend zu einer Gesamtorganisation der deutschen Filmindustrie unter dem Namen „Vereinigung deutscher Filmfabrikanten E. V.“ verschmolzen.

Vollstündige Konzerte. Am 6. Konzert des Verbandes der Bremer Volkshäuser am 2. November, mittags 11 1/2 Uhr, wird das Klavierkonzert Schuberts Streichquartett G-dur Opus 161 und Brahms Streichquartett C-moll zur Aufführung bringen.

Briefe nach dem Auslande. Nach Deutschland, Luxemburg, der Schweiz, Italien und Ungarn gehen die inneren deutschen Briefe, nach dem äußeren Auslande sind die Gebühren für Briefe bis 20 g auf 20 Pf. und für jede weitere 20 g auf 20 Pf. festgelegt.

Genoss. Gemeindevertretung. In einer fast achtstündigen Sitzung kam es unter der bekannten Mitwirkung der Tribune wiederholt zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Unabhängigen und unseren Genossen. Nach Einführung der neuen Vertreter Brandis (S. P. D.) und Welle (U. S. P.) wurde zunächst der Herrichtung eines provisorischen Sportplatzes auf dem Andreas-Hofer-Platz zugestimmt. Eine längere Debatte entzündete sich bei Beratung der Vorlage betreffend den neuen Lohnsatz der Gemeindearbeiter. Bei dieser Gelegenheit wird gleichzeitig die Lohnbewegung der Bureauhilfskräfte erörtert. Es wird vorgeschlagen, dem Tarif der Gemeindearbeiter zuzustimmen und den Bureauhilfskräften auf die zu erwartende Aufbesserung einen Zuschlag für Lebzichte von 800 M. und Verzeiratsrate von 400 M. zu gewähren. Unsere Genossen Keller und Wöbbs sowie auch die bürgerlichen Vertreter und die U. S. P. stimmten dem Vorschlag zu. Die Unabhängigen stimmten ab, aber nicht über sich gewinnen, ihr Parteiführer auch bei dieser Gelegenheit zu locken und gaben so unserem Genossen Wöbbs Anlaß, mit Heer Positiv in geradezu glänzender Weise abzurechnen. — Der neue Tarif für die Gemeindearbeiter sowie der Zuschlag für die Bureauhilfskräfte wurden genehmigt. — Eine längere Auseinandersetzung zeitigte ein Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten. Die Beamtenchaft kann sich nach den Ausführungen ihrer Vertreter in der Vertretung diese Aufhebung nur so vorstellen, daß für den Verlust des Privilegs eine äußerst hohe Abfindung gezahlt wird. Genosse Keller trat für die Aufhebung ein, stellt aber den Zusatzantrag, daß dies bei Gelegenheit der Besoldungsreform geschehen soll. Es wurde schließlich in letzterem Sinne beschlossen. — In vorgerückter Stunde kam nun ein Dringlichkeitsantrag der Rechtsparteien zur Beratung, der dahin zielt, dem kommunalen Arbeiterrat vom 1. November ab die Finanzverwaltung zu versagen. Durch eine mehr als zweistündige Obstruktionrede Homas verurteilten die Unabhängigen die Versammlung beschlußfähig zu machen. Der Antrag wurde in später Nachtstunde mit 33 gegen 19 Stimmen angenommen. Es wurde noch beschlossen, den hiesigen Mollereien, um ihnen die Durchhaltung ihres Milchviehs zu ermöglichen und damit die Deckung des Milchbedarfs zu sichern, den bisherigen Gemeindeforschuss von 50 Pf. pro Tag und Kuh auf 2 M. zu erhöhen.

Steglik. Besondere Vortragskurse finden im November und Dezember im Gymnasium, Deutsches, Montags und Donnerstags, statt. Beginn am 1. Montag im November mit einem über die unvollkommenen Kurse des Gen. Alfred Rosgilla über Sozialismus, Ethik und Religion. Der Abend 30 Pf. Anmeldungen bei Gen. Artur Stahl, Ringstraße 7. Um recht rege Beteiligung wird ersucht.

Veränderungs-Sitzung. An der Volkshausbibliothek wurde wahlfreier Hauswirtschaftsunterricht eingeführt. Der Unterricht findet Dienstags von 5—9 statt. Das Schulgeld beträgt halbjährlich 3 M., wofür den Teilnehmerinnen die Erben überlassen werden. Bei Bedarf ist aber bei regelmäßigen Schulbesuchen kann das Schulgeld auf Antrag erlassen werden. Die Anmeldungen werden bis zum 1. d. Mts. bei Herrn Rektor Janetzke, Friedenstr. 23, von 11—12 werktäglich entgegengenommen.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Hennigsdorf. Bis Donnerstag für 3 Nov. bis 29. Dez. auf 7—12 und den Stamm der Kartoffelkarte zusammen 36 Pfund Speisepotato. Bekendliche Abholung freigelegt.

Wethenlee. Vom 30. Okt. bis 1. Nov. (64) 1/2 Pf. Runkelrübe.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Allgemeiner Wärtlicher Touristen-Vand. Donnerstag, 8 Uhr, Sitzung des Gesamtvorstandes im „Alexandiner“, Alexandriner-Str. 37a. Golvorträge willkommen!

## Gewerkschaftsbewegung

### Der Reichstarif und die Vereinbarung der Berliner Holzarbeiter.

Der aus Anlaß der Tarifbewegung zwischen dem Hauptvorstand und der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes entstandene Gegensatz, der auch im „Vorwärts“ schon behandelt worden ist, bildete den Gegenstand der Erörterungen in der am Dienstag abgehaltenen sehr stark besuchten Gesamtsammlung der Vertrauensmännerversammlung der Berliner Holzarbeiter.

Siegler, Vorsitzender der Ortsverwaltung, schilderte den Verlauf der Verhandlungen mit den Berliner Arbeitgebern, die mit der vereinbarten Mindest- und Durchschnittslöhne seien zwar Einwendungen erhoben worden, aber gegen die Vereinbarung an sich habe kein Mitglied der Ortsverwaltung etwas eingewandt gehabt. Auch die rechtstehenden Kollegen hätten sich damit einverstanden erklärt. Auch die Bezirks- und Branchenversammlungen hätten der Vereinbarung zugestimmt. Nachdem die Vereinbarung abgeschlossen war, habe der „Vorwärts“ in einem wahrscheinlich vom Hauptvorstand ausgehenden Artikel gegen die Vereinbarung Sturm gelaufen. Infolgedessen seien dann die rechtstehenden Kollegen umgelaufen. Der Ortsverwaltung werde der Vorwurf gemacht, sie sei durch den Abschluß der Vereinbarung den Kollegen, die in anderen Orten im Kampf für den Reichstarif stehen, in den Rücken gefallen. Dieser Vorwurf sei unberechtigt. Die Berliner Vereinbarung sei doch kein Verzicht auf die Mindest- und Durchschnittslöhne. Sie sichere die gegenwärtigen Höchstlöhne in hundertprozentiger Weise, und die Löhne, die unter dem Durchschnitt standen, seien aufbessert worden. Es hätte doch keinen Wert gehabt, Löhne zu vereinbaren, die nur auf dem Papier standen. Der Verzicht auf die im Reichstarif vorgesehene Regelung der Lehrlingsfrage und der Arbeiterauschüsse werde der Ortsverwaltung besonders zum Vorwurf gemacht. Die Arbeiterauschüsse des Reichstarifs seien keine Arbeitervertretung, wie sie von den auf dem Boden des Räuberstaats stehenden Berliner Kollegen gefordert werde. Deshalb habe man darauf verzichten können. In der Ueberstundenfrage wäre für die Berliner Kollegen eine Verköstigung eingetreten, wenn sie den Reichstarif durchgesetzt hätten. Ohne die Bestimmungen, welche die Arbeiter zu notwendigen Ueberstunden verpflichten, würden die Berliner Arbeitgeber den Reichstarif nicht angenommen haben. Im Gegensatz zum Hauptvorstand sei die Ortsverwaltung dafür, daß die Berliner Vereinbarung bestehen bleibe. Sie sei ja nur bis Februar 1920 abgeschlossen und könne dann einer besseren Lage machen.

Lar now, Mitglied des Hauptvorstandes, bemerkte zunächst, daß weder er noch sonst ein Hauptvorstandsmittglied den „Vorwärts“-Artikel verurteilt oder veranlaßt habe. Der Reichstarif enthalte auch für die Berliner Kollegen wesentliche Verbesserungen. Die Berliner Arbeitgeber hätten sich bereit erklärt, auf der Basis des Reichstarifs eine lokale Vereinbarung abzuschließen. Aber die Verhandlungskommission habe nichts von den Verbesserungen, die hätten erreicht werden können, gebracht. Es habe sich ja nicht um die formale Anerkennung des Reichstarifs gehandelt, sondern darum, daß den Arbeitgebern gesagt würde, sie hätten sich durch ihre Ablehnung des Reichstarifs nicht in eine günstigere, sondern in eine ungünstigere Lage gebracht. In allen Orten hätte für die Mindestforderungen des Reichstarifs gekämpft werden müssen. Mehr hätte gefordert werden können, aber nicht weniger. Die Berliner Vereinbarung geht in keinem Punkt über den Reichstarif hinaus, sie bleibt aber in manchen Punkten wesentlich hinter ihm zurück. Durch die Berliner Vereinbarung seien den Kollegen, die in vielen Orten in den Streik getreten waren, Knäuel zwischen die Beine gemorren worden. Das Verhalten der Berliner habe bei den Kollegen im Reich große Erbitterung erzeugt. Es habe ja niemand verlangt, daß die Berliner Kollegen wegen des Reichstarifs streiken sollten. Das sei ja gar nicht nötig gewesen, denn noch Lage der Verhältnisse konnten sie sämtliche Forderungen des Reichstarifs ohne Kampf bewilligt bekommen. Wenn die Berliner den Zusammenhang mit dem Gesamtverband nicht verlieren wollen, dann müssen sie ihre Forderungen mit der des Gesamtverbandes in Einklang bringen oder die ausdrückliche Bewilligung bekommen, davon abzuweichen. Die Berliner Verhältnisse würden im Reich als maßgebend betrachtet. Nachdem die Berliner Kollegen ein hinter dem Reichstarif zurückbleibendes Abkommen getroffen haben, würden sich die Unternehmer in anderen Orten darauf berufen und ebenfalls hinter dem Reichstarif stehen, was sie bewilligt haben würden, wenn in Berlin ein anderes Ergebnis herausgekommen wäre.

In der Diskussion stellten sich sämtliche Redner auf den Boden der Ortsverwaltung. Nur ein Redner erklärte sich für den Standpunkt des Hauptvorstandes. — Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, welche sagt, die Versammlung stehe dem Abschluß eines Reichstarifs grundsätzlich ablehnend gegenüber und wolle deshalb die Forderung der Ortsverwaltung bei den letzten örtlichen Verhandlungen. Die Vereinbarung vom 1. Oktober bestche zu Nicht. Die Behauptung des „Vorwärts“, die Berliner Holzarbeiter wollten den Reichstarif, nur die Unabhängigen in der Ortsverwaltung seien dagegen, ebenso die Behauptung des Vorstandes, die Berliner seien den kämpfenden auswärtigen Kollegen in den Rücken gefallen, werden mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Auf Antrag der Ortsverwaltung beschloß die Versammlung einstimmig, die Besprochene Vereinbarung am 15. November zu kündigen. Ein Entwurf für den neuen Vertrag soll den Kollegen zur Entscheidung unterbreitet werden.

### Der Schiedsspruch im Textil-Großhandel.

Die Angehörigen des Textilgroßhandels hielten am Dienstag, den 28. Oktober, in der Unionbrauerei in der Hofenstraße eine sehr gut besuchte Versammlung ab, um zu dem am 21. Oktober gefassten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Stellung zu nehmen. Fräulein Weinberg teilte mit, daß heute die Situation nicht anders sei wie vor 8 Wochen, als die Bewegung einsetzte. Schuld daran sei die außerordentliche Hartnäckigkeit, mit der die Arbeitgeber bei allen Verhandlungen auf ihrem einmal eingenommenen Standpunkt beharren. Besonders die Klassifizierung sei es gewesen, welche die Arbeitgeber unter keinen Umständen annehmen wollten. Für die Angestellten aber sei gerade dieses das A und O der ganzen Verhandlungen. Das von den Arbeitgebern gemachte Angebot war so bruchschwer, daß es geradezu provozierend wirkte und abgelehnt werden mußte. Die Vertreter der Angestellten machten darauf den Vorschlag, gemeinsam ein Schiedsgericht anzurufen. Als die Arbeitgeber das ablehnten, wurde seitens der Angestellten der Schlichtungsausschuss angerufen. Der nun von diesem gefällte Schiedsspruch wird allerdings den Wünschen der Angestellten wenig gerecht, ist aber doch bedeutend besser als das Angebot der Arbeitgeber. Jetzt erklären die Arbeitgeber, die am Donnerstag, den 30. Oktober, zu einer Sitzung zusammenzutreten, daß sie bereit wären, am Freitag, den 31. Oktober, weiter zu verhandeln. Am Mittwoch, den 29. Oktober, soll in allen Betrieben die Abstimmung über den Schiedsspruch stattfinden. Die Rednerin empfiehlt jedem Abstimmanden, eingehend zu überlegen, ehe er sein Votum abgibt. Das Resultat der Abstimmung soll im Laufe des Tages an das Bureau abgeliefert werden. Am Freitagabend findet Oberwasserstr. 12 eine Versammlung der Obstele statt, in der über die Verhandlungen dieses Tages berichtet werden soll. Fräulein Weinberg sagte: Wird der Schiedsspruch von unseren Kollegen abgelehnt, so kommt der Streik. Wird der Schiedsspruch von den Arbeitgebern abgelehnt, so haben wir freilich auch den Kampf. Für alle Fälle, das können wir erklären, sind wir getarnt.

Herr Redes vom Werkbund, der als zweiter Vortragsfaher auftrat, gab noch einige Ergänzungen und warnte besonders vor

